



Pressemitteilung

Luxemburg, 14. Dezember 2022

Corona: 100 Milliarden Euro EU-Sofort-Hilfen für Jobs mit unklaren Auswirkungen

Die EU hat rasch reagiert, indem sie mit ihrem "SURE"-Instrument Unterstützung im Umfang von 100 Milliarden Euro für von der Krise betroffene Arbeitnehmer und Unternehmen in den EU-Ländern bereitstellte, um das Risiko massiver Entlassungen wegen der Corona-Pandemie zu mindern. Dies geht aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Allerdings könne nicht korrekt bewertet werden, inwiefern dadurch Arbeitsplätze gesichert worden seien. Dies läge an der Art und Weise, wie die Europäische Kommission das neue Instrument konzipiert habe, sowie an fehlenden soliden Daten auf nationaler Ebene. Um daraus für künftige Kriseninstrumente zu lernen, solle die Kommission die SURE-Unterstützung nun umfassend bewerten. Dabei könne zugleich auch die Minimierung des Betrugsrisikos unter die Lupe genommen werden; immerhin hätten bis auf eines alle Länder, die auf SURE zurückgegriffen hatten, Unregelmäßigkeiten und mutmaßlichen Betrug gemeldet.

Die Pandemie gefährdete Millionen von Arbeitsplätzen in Europa. Die EU reagierte rasch, indem sie das SURE-Instrument einrichtete, über das den EU-Ländern langfristige Darlehen zu günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Die Länder können die Gelder nutzen, um nationale Regelungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen – Kurzarbeit, Freistellungen und Lohnzuschüsse – zu schaffen beziehungsweise auszuweiten oder auch Maßnahmen im Gesundheitsbereich zu fördern. 19 Länder beantragten derartige Darlehen, und fast 92 Milliarden Euro wurden bereits ausgezahlt. Davon machen die Darlehen an Italien und Spanien mehr als die Hälfte aus.

"Mit SURE wurde auf eine Notlage reagiert. EU-Mittel wurden schnell und effizient bereitgestellt, um die Auswirkungen der Pandemie auf Arbeitnehmer und Unternehmen abzufedern", so Iliana Ivanova, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die gesamte Tragweite der Auswirkungen des Instruments ist jedoch noch nicht klar. Zwar gibt es Hinweise auf Erfolge, doch liegen nicht genug belastbare Daten vor, um zu beurteilen, wie viele Arbeitsplätze tatsächlich gerettet wurden."

Nach Ausrufung der Pandemielage sei es der Kommission gelungen, den EU-Ländern die SURE-Mittel innerhalb von sieben Monaten zukommen zu lassen. Dies sei schneller als im Rahmen der sonst üblichen Finanzierungsverfahren. Obwohl Hinweise darauf vorlägen, dass SURE in der schwersten Phase der Krise Millionen von Arbeitnehmern erreichte, könne seine Rolle bei der

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Eindämmung der Arbeitslosigkeit nicht vollständig bewertet werden. Dies liege zum Teil daran, dass die SURE-Auswirkungen nicht von denjenigen der nationalen Förderregelungen abgegrenzt werden könnten.

Die innovativen Vorschriften für SURE hätten den EU-Ländern bei der Entscheidung, wofür sie das Geld ausgaben, beträchtliche Freiräume gelassen. Auch sei die Kommission nicht verpflichtet, die Kontrollsysteme der Länder hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu bewerten. In diesem Zusammenhang betonten die Prüfer, dass Krisenreaktionsmaßnahmen etwa zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Regel missbrauchsanfällig sind. Im Fall von SURE hätten 18 von 19 Ländern Unregelmäßigkeiten oder Betrug aufgedeckt, was in 13 Ländern zur Rückforderung nicht ordnungsgemäß verwendeter Mittel geführt habe. Die Kommission selbst habe keine Untersuchungen eingeleitet, mit der Begründung, dass dies in die Zuständigkeit der EU-Länder falle. Wenn Missbrauch festgestellt werde, müssten die Länder die Darlehen zurückzahlen, was das finanzielle Risiko für den EU-Haushalt in Grenzen halte. Allerdings könne es dem Ruf der EU schaden, wenn die von ihr finanzierten Maßnahmen als betrugsanfällig wahrgenommen würden.

Schätzungen der Kommission zufolge haben die Länder, die SURE nutzten, dank des AAA-Ratings der EU Zinszahlungen in Höhe von rund 8,5 Milliarden Euro eingespart. 86 % der geschätzten Gesamteinsparungen entfielen auf Italien, Spanien, Rumänien, Polen und Griechenland.

Hintergrundinformationen

SURE ist ein befristetes Instrument, das in diesem Jahr auslaufen soll. Zur Finanzierung der Darlehen nimmt die Kommission durch Emission von Anleihen Mittel an den Kapitalmärkten auf. Erstmals emittierte die Kommission Sozialanleihen, die an positive soziale Wirkungen geknüpft sind. Alle 27 EU-Länder stellten gemeinsam Garantien für 25 % aller SURE-Darlehen als Absicherung für den Fall, dass ein Land ausfällt; die Garantien für die restlichen 75 % werden vom EU-Haushalt gestellt. Die Kommission schätzt, dass mit SURE im Jahr 2020 rund 31,5 Millionen Menschen und 2,5 Millionen Unternehmen unterstützt wurden und dass im Jahr 2021 9 Millionen Menschen von Arbeitsplatzsicherungssystemen profitierten, die über SURE finanziert wurden.

Der Sonderbericht "Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE): Die SURE-Finanzierung leistete während der COVID-19-Krise einen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen, ihre vollständigen Auswirkungen lassen sich jedoch nicht ermitteln" ist auf der [Website des Europäischen Rechnungshofs](#) abrufbar.

Pressekontakt

Pressestelle des Europäischen Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547
- Vincent Bourgeois: vincent.bourgeois@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 551 502